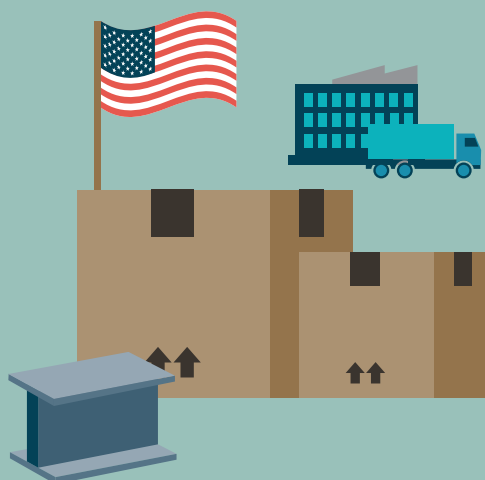


US-Importzölle – maximale Gefahr für die globale Wirtschaft



TOP-THEMA

5 Trump übersieht Binnenmarkt-Folgen

Auch die US-Industrie und der Rohstoffmarkt geraten durch die US-Zollstrategie unter Druck

3 Deutsche Regierung muss ökonomischen Wandel ermöglichen

Die neue Koalition ist gefordert, der Industrie den Weg aus der Krise zu weisen

4 US-Zollmaßnahmen – Risiko für die Weltwirtschaft

Trumps Entscheidungen belasten langfristig vor allem die US-Industrie

8 Deutschland verweilt im Ranking der OECD am Ende der Skala

Was tun, wenn es brennt?
Industrie hofft auf politische Lösungen
und günstigere Rohstoffe



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

Droht die Spaltung der globalen Wirtschaft?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vieles wird Donald Trump vorgeworfen. Überheblichkeit und Ignoranz im Umgang mit Partnern sind nur 2 Kritikpunkte. Eines muss er sich aber nicht vorwerfen lassen: fehlende Entschlossenheit. So arbeitet die US-Regierung seit Tag 1 am Umbau des Staatsapparats. Kursänderungen beim Thema Zölle ließen nicht lange auf sich warten. Mit schwerwiegenden Folgen, wie Experten warnen. Auch für den Rohstoffmarkt. Deutschland wiederum hadert mit dem politischen Neuanfang. Den Weg aus der Krise soll ein Finanzpaket in Rekordhöhe ebnen. Zugleich ist im Frühjahr stärker denn je die Frage nach der Zukunft internationaler Zusammenarbeit wichtig. Während die Ukraine mehr und mehr zum Spielball der USA und Russlands wird, würde ein US-Austritt aus dem transatlantischen Bündnis Europa unter Zugzwang setzen.

Mit besten Grüßen, Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

DEUTSCHE REGIERUNG MUSS ÖKONOMISCHEN WANDEL ERMÖGLICHEN 3

- ☐ Die neue Koalition ist gefordert, der Industrie den Weg aus der Krise zu weisen

TRUMPS ZOLLPOLITIK SCHADET AUCH DEN USA SELBST 4

- ☐ Trumps Entscheidungen belasten langfristig vor allem die US-Industrie

RISIKEN DER US-ZOLLPOLITIK FÜR DIE WIRTSCHAFT UND DEN ROHSTOFFMARKT 5

- ☐ Die US-Industrie und der Rohstoffmarkt geraten durch die US-Zollstrategie unter Druck

DEUTSCHLAND VERWEILT IM RANKING DER OECD AM ENDE DER SKALA 8

- ☐ Die Industrie muss auf weitere Durststrecke vorbereitet sein



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Am 14. Mai 2025 von 10:00 bis 12:30 Uhr laden wir Sie herzlich zu unserem nächsten kostenlosen Online-Netzwerk-event ein.

Freuen Sie sich auf spannende Impulsvorträge unter anderem zu den Themen „Geopolitik“ und „Lieferkettengesetz“ sowie auf praxisnahe Tipps für Ihre Arbeit im Außenhandel.

Jetzt gratis anmelden unter: link.zolex.de/connect



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 7 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr beim VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: LogoPrint GmbH, Gutenbergstraße 39/1, 72555 Metzingen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2025 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „US-Importzölle – maximale Gefahr für die globale Wirtschaft“ liegt der Ausgabe 05/2025 von „Rohstoff einkauf aktuell“ bei.

NEWS

Kraftakt „Aufschwung“ – wie Deutschland die Krise überwinden will

Dass der alte Bundestag den von CDU, SPD und den Grünen vorgelegten Entwurf zur Grundgesetzänderung als Basis eines XXL-Schuldenpakets ablehnen würde, war unwahrscheinlich. Eine Überraschung nach den Verhandlungen war der Erfolg der Grünen, auf deren Druck 100 Milliarden € in den Klimaschutz fließen sollen. Für Beobachter galt die Abstimmung als letzter Schritt Friedrich Merz' ins Kanzleramt. Große Teile des Finanzpakets sollen für einen Ausbau der Infrastruktur verwendet werden. Der von Wirtschaftsinstituten bemängelte deutsche Investitionsstau ist damit aber nicht beseitigt.

Neues Finanzpaket stellt frühere Rettungsmaßnahmen in den Schatten

Dank der Wortschöpfung „Doppel-Wumms“ dürfte Olaf Scholz lange in Erinnerung bleiben. Die nun geplanten Investitionen gehen jedoch weit über die Ausgaben während der Energiekrise nach Kriegsbeginn hinaus. Nicht nur riesige Investitionen in Aufrüstung und Änderungen bei der Besteuerung von Energie sind angedacht. Klimaschutz soll weiter eine Hauptrolle spielen. Eine derart große Rolle sogar, dass es innerhalb der Union nicht an Kritik am eigenen Kandidaten fehlte. Von Geschenken an die Grünen und Wortbruch war die Rede. Die Mittel aus dem Finanzpaket sind nichts weniger als historisch. Am Ende stimmten 513 Mitglieder des Bundestags für das gigantische Schuldenvolumen.

Gegner des Pakets wie AfD-Chefin Alice Weidel titulierte CDU und CSU als „Steigbügelhalter für SPD und Grüne“. Merz habe bereits am Abend der Bundestagswahl eigene Ziele verraten. Den Preis für die Umsetzung müssten nun Verbraucher, Unternehmen und nicht zuletzt kommende Generationen zahlen. Zugleich stelle das Schuldenpaket eine Gefahr für Deutschlands Top-Bonität dar.

Experten sehen keine Gefahr für Deutschlands Kreditwürdigkeit

Zur besseren Einordnung: Rating-Spezialisten teilen diese Sorge übrigens nicht. Der Scope-Lead-Analyst für Deutschland, Eiko Sievert, verweist etwa auf den Schuldenhöchststand von 80 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts im Krisenjahr 2010. Das AAA-Rating sei damals unverändert geblieben. Durch das geplante Paket würde der Schuldenstand bis 2029 auf 72 % des Bruttoinlandsprodukts steigen. Entscheidend sei vielmehr, ob politische Reformen von Erfolg gekrönt sind und zu mehr Wachstum sowie einer besseren Wettbewerbsfähigkeit führen. Debatten über die jahrzehntelange Unantastbarkeit der Schuldenbremse werden fraglos nicht enden, wenngleich sie vorerst in den Hintergrund treten dürften.

Merz' Weg des geringsten Widerstands

Einen Kritikpunkt griffen die Medien zuvorderst auf: Auch der neue Bundestag hätte zum Zweck einer Abstimmung einberufen

werden können. Aus Angst vor dem drohenden Scheitern habe Merz bewusst auf diese Entscheidung verzichtet. Den Erfolg der am Entwurf beteiligten Parteien – allen voran der Grünen – schmälert diese Bewertung der Sachlage nicht. Zumal offensichtlich ist, dass eine solche Wegmarke für Deutschlands Wachstum unverzichtbar war. Dafür sprechen neueste Wachstumsprognosen. Das Münchener ifo Institut warnte im Rahmen der Präsentation seiner neuesten Konjunkturprognose vor wirtschaftlicher Unsicherheit und Strukturwandel. Beides lähme die Entwicklung der Wirtschaft und die Konsumbereitschaft. Im Vergleich zur Winterprognose senkten die Analysten ihre Vorhersage um 0,2 Prozentpunkte.

2026 werde das Bruttoinlandsprodukt um 0,8 % wachsen. Aufgrund der bevorstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Deutschland, umso mehr aber in den USA, sind Prognosen derzeit nur bedingt aussagekräftig. Mit Sorge blickte ifo-Präsident Clemens Fuest auf die Verarbeitende Industrie. Hier zeige sich der Strukturwandel besonders deutlich. Immer mehr Unternehmen würden über Standortverlegungen und weiteren Stellenabbau nachdenken. Der US-amerikanische Protektionismus sei für die heimische Wirtschaft ein erhebliches Wachstumsrisiko.

Die Krise könnte sich noch lange hinziehen

Schulden seien kein Wachstumsgarant. Die Forderung: mehr Produktionskapazitäten, weniger Bürokratie. Wie schnell dies gelingt, bleibt abzuwarten. Gleichzeitig, so Fuest, müsse Europa als Einheit auf den Rückzug der USA reagieren. Unverzichtbar seien Maßnahmen zur Brechung der Insolvenzwelle. Der Wirtschaftswissenschaftler Professor Matthias Fiska von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sieht die Verantwortung nicht ausschließlich bei der Politik. So hätten Firmen oft Investitionen in die Zukunft „verschlafen“. Nicht jede Schieflage lasse sich durch staatliche Maßnahmen beseitigen. Der Anstieg der Teuerungsrate im Dezember 2024 um 2,6 % – der 3. in Folge – führte zu noch tieferen Sorgenfalten. Laut Münchener ifo Institut könnte dies der Beginn einer längeren Phase höherer Preise sein. Insbesondere die Zollpolitik der Regierung Trump versetzt die Länder der EU, aber auch China in höchste Alarmbereitschaft.

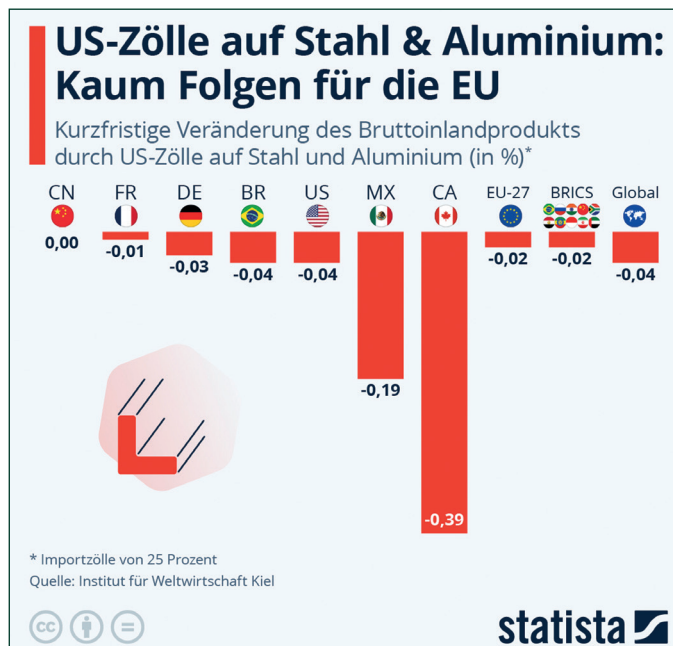
NEWS

Trumps Zollpolitik schadet auch den USA selbst

Für Beobachter war es durchaus eine Überraschung, als sich Ende März die Europäische Kommission zu Wort meldete. Man wolle zunächst auf hohe Gegenzölle auf US-Waren verzichten. Reaktionen auf die Verschärfung des Handelsstreits seitens der USA sollten frühestens Mitte April folgen. Zunächst wolle man weiterhin das Gespräch mit den USA suchen, um eine Eskalation doch noch abzuwenden. Ursprünglich war für den März das Inkrafttreten jener Zölle angedacht, die bis März zeitweise ausgesetzt worden waren. Die Verschiebung hat vor allem einen Grund: Ein Handelskrieg kennt keine Gewinner. Die Härte der Politik Trumps bekommt schon jetzt sowohl die US-Wirtschaft als auch die US-Bevölkerung zu spüren.

Experten: Trump spielt wirtschaftlich mit dem Feuer

Regelmäßig betont US-Präsident Trump seit seinem Amtsantritt, wie sehr er das Wort „Zölle“ liebe. Von höheren Zöllen auf bereits belastete Waren und Maßnahmen bei vielen weiteren Importgütern verspricht er sich den Ausgleich „wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten“. Trump ist der festen Überzeugung, von anderen US-Regierungen geschlossene Bündnisse würden in erster Linie den internationalen Partnern nutzen. Den Preis für die Vereinbarungen müssten ausschließlich die USA zahlen. Zuerst waren Produkte aus Mexiko, Kanada und China von Zollanpassungen betroffen. Ab April sind ausnahmslos alle wichtigen Handelspartner betroffen. Trump selbst nannte den 2. April im Vorfeld „Tag der Befreiung Amerikas“. Wirtschaftsexperten warnten seit Monaten, dass der harsche Zollkurs der US-Wirtschaft selbst mehr schaden als nutzen werde. Modellrechnungen wie die des Instituts für Weltwirtschaft Kiel bestätigen diese Bewertung – zumindest mit Blick auf Aluminium und Stahl.



Die EU könnte die Zollpolitik bei Alu und Stahl halbwegs unbeschadet überstehen.
(Quelle: Statista/Institut für Weltwirtschaft Kiel)

„Trumps“ Zölle treffen die USA und direkte Nachbarn hart

Vergleichbare Analysen wie die des renommierten deutschen Instituts gibt es zur Genüge. Die besagten 25%igen Zölle auf Stahl-

und Aluimporte in die USA sind für die EU weniger dramatisch, da nur knapp 5 % der EU-Exporte überhaupt betroffen sind. Von diesen wiederum wird nur ein überschaubarer Teil in die USA ausgeführt. Allerdings: Deutschland wäre auf der Grundlage der Modellschätzung innerhalb der Union am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Dies erklären die Analysten mit der großen Bedeutung der Vereinigten Staaten für die deutsche Automobilbranche. Akut könnte Deutschlands Wirtschaft durch gestiegene Zölle um 0,03 % schrumpfen. Mexikos Real-BIP würde der Rechnung zufolge um 0,19 %, Kanadas um 0,39 % sinken. Die Preise in den USA könnten durch Trumps Zoll-Entscheidungen aber um 0,41 % zulegen, was auch zu einem Anstieg der Inflationsrate führen werde.

Nicht minder problematisch sei, dass die US-Metallimporte einen Rückgang erleben dürften. Dies würde zu einer Verteuerung der Erzeugnisse führen und die Binnenindustrie belasten. Die Notwendigkeit, rückläufige Importe auszugleichen, werde zu einer Schwächung des US-amerikanischen Außenhandels führen.

US-Regierung kämpft zuhause mit vielerlei Problemen

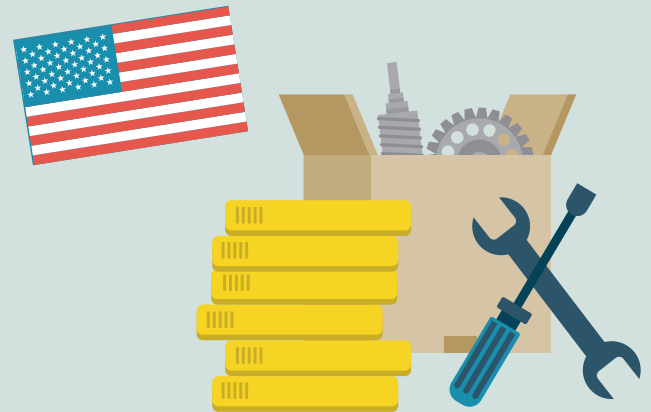
Ungeachtet der Zollpolitik will Donald Trump in den USA mit einer weitreichenden Deregulierung, Steuersenkungen und höheren Schulden einen ökonomischen Aufschwung erreichen. Zu seinen Plänen gehört auch der Abbau internationaler Beziehungen sowie die Lockerung der Geldpolitik. Das Dilemma des US-Präsidenten im letztgenannten Punkt: Die Geldpolitik obliegt der Notenbank Federal Reserve. Die Währungshüter widersetzen sich bisher dem Druck und wollen die Leitzinsen einstweilen stabil halten. Denn für die Notenbanker ist es unsicher, ob Zollanhebungen den Preisen im Land zu einem Aufschwung verhelfen oder eher zu einem Inflationsanstieg führen werden.

Die Konsequenzen innerhalb globaler Lieferketten sind für viele Branchen ein Risiko. Zwar hinterlassen Kündigungswellen bei der US-Wirtschaft traditionell eher geringere Spuren. Kombiniert mit einer höheren Inflation würden mögliche Massenentlassungen in wichtigen Industriebereichen Trumps politischen Kurs sehr wohl mehr Gegenwind einbringen und in ein denkbar schlechtes Licht rücken. Einen anderen Schuldigen als sich selbst dürfte der US-Präsident indes schnell finden.

TOP-THEMA

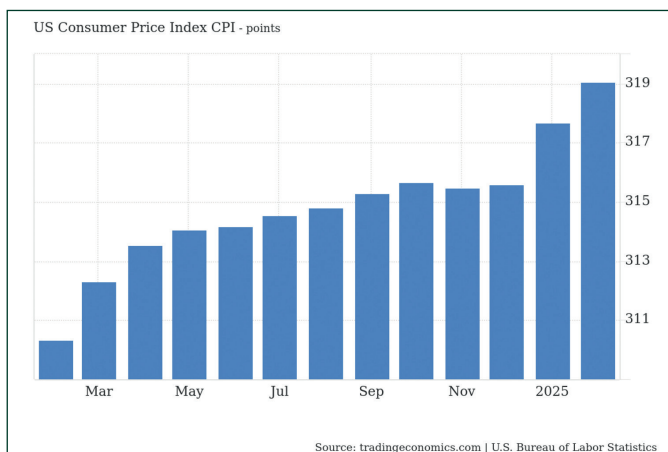
Risiken der US-Zollpolitik für die Wirtschaft und den Rohstoffmarkt

Abseits direkter Auswirkungen der Zollpolitik ergeben sich über den Rohstoffmarkt indirekte Folgen für die Weltwirtschaft. Vor diesen warnten Analysten bereits bei Vorstößen in den letzten Jahren. Nicht nur bei den Stahl- und Aluminiumpreisen spielen höhere Einfuhrzölle eine Rolle. Ebenso bei nahezu allen wichtigen Industriemetallen. Zudem könnten die Preise vieler Agrarrohstoffe in der ersten Jahreshälfte einen Höhenflug durchlaufen. Öl dürfte ebenfalls zum größeren Kostenfaktor werden. Profitieren werden Werte wie Gold und Silber. Sogar der US-Autobauer Tesla des Trump-Vertrauten Elon Musk warnte in einem anonymen Schreiben wegen steigender Kosten für die Produktion einerseits und Absatzsorgen andererseits.



Zinspolitik der Notenbank ist Trump ein Dorn im Auge

Zu den Kritikern höherer Zölle auf Einfuhren gehörte zum Ende des 1. Quartals wie gehabt die im vorherigen Kapitel erwähnte Federal Reserve (FED). Die US-Währungshüter veröffentlichten im März eine neue Konjunkturprognose. Diese fiel zwar weniger düster als befürchtet aus. Die Vorhersagen sind zugleich aber kein Anlass zur Freude. Im Dezember hatte die Notenbank noch mit einem Wachstum von 2,1 % gerechnet. Inzwischen liegt die Erwartung für 2025 lediglich bei 1,7 %. FED-Chef Jerome Powell, dessen Verhältnis zum US-Präsidenten sehr angespannt ist, verwies auf einen geringen Anstieg des Rezessionsrisikos. Auf eine Senkung der Leitzinsen verzichtete die FED aus den genannten Gründen ein weiteres Mal. Für einen entspannteren Ton in der Kommunikation zwischen der Notenbank und dem Weißen Haus wird diese Verweigerungshaltung nicht gerade sorgen.



US-Inflation bewegt sich 2025 bisher auf deutlich höherem Niveau als 2024. (Quelle: tradingeconomics.com/US-Statistikbehörde)

Die FED sah sich hinsichtlich ihrer Zinsentscheidungen durch die ersten Daten zur Entwicklung der Verbraucherpreise für das laufende Jahr bestätigt. Nach dem Anstieg um 3 % im Januar – dem stärksten Anstieg seit einem halben Jahr – sank die Inflationsrate im Februar zwar auf 2,8 %. Für die FED-Experten scheint diese Entspannung aber kein ausreichender Indikator für eine abgewendete Rezession zu sein. Stattdessen schaut man dort sorgenvoll auf die potenziellen Reaktionen der US-Partner auf Trumps Zoll-Rundumschlag. Dass es weitere US-Zölle geben wird, schien Ende März sicher. Doch es gab vorsichtige Hinweise für einen gezielteren Einsatz.

Strukturierte Maßnahmen statt flächendeckender Zölle?

Noch im März sah es so aus, als gehe es Donald Trump um die Umsetzung umfassender Maßnahmen, die China, der EU & Co. einen möglichst großen Schaden zufügen. Berichte in Medien wie dem „Wall Street Journal“ ließen die Hoffnung aufkommen, die USA könnten auf spezifische Zölle für bestimmte Branchen verzichten. Länder, in denen die USA eine positive oder ausgeglichene Handelsbilanz erreichen, könnten von den Maßnahmen ausgenommen werden. Meldungen dieser Art wurden von der US-Regierung nicht kommentiert, sorgten an den Märkten aber einstweilen für eine gewisse Ruhe. Dass der April neue Zölle bringen würde, war zum Redaktionsschluss dennoch einhelliger Tenor. Länder, die US-Produkte nicht mit Zöllen belegen, könnten laut Regierungskreisen verschont bleiben.

Europa will sich gegen US-Zölle auf Stahl wappnen

Europa denkt laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters derweil über eine Reduzierung zollfreier Stahlimporte in

die Union nach. So könnten sich in der Gemeinschaft konstante Stahlpreise erreichen lassen. Mehr noch könnten heimische Produzenten vor einem Preisdumping durch eine „Stahlschwemme“ aus China geschützt werden. Zu geringe Margen europäischer Hersteller sind schon lange ein schwerwiegendes Problem im internationalen Wettbewerb. 2024 beliefen sich die Stahleinfuhren in die EU auf gut 60 Millionen Tonnen. Rund die Hälfte dieser Menge wurde zollfrei importiert. Die Überlegung zur Quotenverschärfung ist insofern durchaus nachvollziehbar. Ziel ist der Erhalt der europäischen Stahlindustrie auf der einen Seite sowie ein Abbau der Abhängigkeit von Stahlimporten auf der anderen. EU-Binnenmarkts- und Dienstleistungs-Kommissar Stéphane Séjourné verwies im Kontext zudem auf die Bedeutung einer guten Stahlversorgung im Hinblick auf den europäischen Ausbau der eigenen Verteidigungskapazitäten.

Aluminium zum Quartalswechsel in der Orientierungsphase

Ein Problem ist der US-Kurs auch für den Aluminiummarkt. Noch in der 2. Märzwoche hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen auf „die Einführung ungerechtfertigter US-Zölle auf EU-Einfuhren“ hervorgehoben. Die Reaktionen sollten einen Gesamtwert von umgerechnet 26 Milliarden US-Dollar haben. Eine knappe Woche später wurde bekannt, die EU wolle zunächst weiter den diplomatischen Weg beschreiten. Im Kursdiagramm des Aluminiumpreises wird die Unsicherheit der Marktteilnehmer offensichtlich.

Stahl bleibt „heißes Eisen“ im globalen Zollstreit

Zum Kernthema des Kapitels, dem Stahl- und Alumarkt, äußerte sich der US-Finanzminister und Investor Scott Bessent kryptisch. Etwaige neue Stahl- und Aluminiumzölle würden nicht als Aufschlag auf bereits geltende landesspezifische Sätze erhoben werden. Bessent wollte eine Staffelung der Zölle nicht pauschal ausschließen. Währenddessen betonte Präsident Trump einmal mehr, die Zölle würden den USA Einnahmen von „Dutzenden Milliarden US-Dollar“ bescheren. Gemeint waren damit auch höhere Zölle auf Stahlimporte. Ausländischer Stahl wurde zum Stichtag 12. März mit zusätzlich 25 % belastet. Ausnahmeregelungen für einzelne Lieferländer wie auch vorherige Quotenregelungen wurden parallel dazu außer Kraft gesetzt. Betroffen von dieser Änderung waren neben Abkommen mit der EU und Großbritannien auch Länder wie Australien, Japan oder die Ukraine. Die Extrazölle gelten bis auf Weiteres für alle importierten Stahlzeugnisse und Stahl derivative.

Für den Einkauf werden die Probleme bald noch massiv zunehmen. Dies garantieren die weiteren US-Zölle, die Donald Trump Anfang April pauschal für alle Importe in die USA ankündigte. In Verbindung mit zu erwartenden Gegenmaßnahmen bedeuten diese für die Wirtschaft weltweit kaum kalkulierbare Folgen.



Seit dem Tief zum Jahresbeginn strebt Alu höhere Bereiche an. (Quelle: finanzen.net)

Während des 1. Quartals 2025 fiel der Alupreis trotz einiger Ausschläge um 2 %. Im Monat vor Redaktionsschluss verzeichnete der Preis gar ein Minus von 5,1 %. Die Bedenken bezüglich der gestiegenen Zölle sind also noch nicht eingepreist. Jedoch war der Preis nach Trumps Amtsantritt erstmals seit März 2022 auf über 2.600 € geklettert.



Höhere Zölle, schwacher Dollar – Kupfer legt zu. (Quelle: finanzen.net)

Kupfermarkt bereitet sich auf Veränderungen vor

Ein anderes Bild präsentierte sich beim Kupfer. US-Präsident Trump teilte im Februar mit, auch hier eine Anhebung der Zölle auf die Importe prüfen zu lassen. So drohen Einbrüche der US-Kupferproduktion durch höhere Importgebühren. Adressat der Abwägungen sind die Nachbarländer Kanada und Mexiko sowie Chile. Die Staaten sind bis dato führende Versorger der US-amerikanischen Industrie. An den Märkten gingen die Überlegungen nicht spurlos vorüber. Interessant: Die Kupferpreise am US-Markt haben seit Anfang 2025 doppelt so stark zugelegt wie an der Londoner Rohstoffbörse. Eine Ursache der Kursgewinne war, dass sich Händler überdurchschnittliche Kursgewinne für Spekulationen zunutze gemacht haben. An die Rückkehr über 9.000 € könnte sich im Jahresverlauf also eine Korrektur anschließen.

Edelmetalle erhalten Aufwind in unsicherer Marktlage

Ohne den Einfluss der US-Zölle ist die Frage nach Entwicklungen der Rohstoffpreise für Analysten seit Monaten eines der größten Themen. Für Einkäufer und Spekulanten sind es vorrangig die Kurse von Gold, Silber und Energie, die im Mittelpunkt vieler Prognosen stehen. Unbestritten ist es die nur schwer kalkulierbare Politik Donald Trumps, die an den verschiedenen Märkten sichere Entscheidungen erschwert. Dass Trump seinem strikten politischen Kurs treu bleibt, könnte fast zur Planungssicherheit führen. Das Gegenteil ist aber der Fall. So eindeutig der Weg zur Absicherung der US-Wirtschaft ist, so unklar bleibt, wie weit sich die USA von der internationalen Gemeinschaft entfernen werden. Die geplanten Extrazölle auf importierte Autos zeigen, wie ernst es Trump ist. Gewinner der Krise sind wie so oft die Preise in der Sparte der Edelmetalle.

Für Gold kann 2025 zum weiteren Rekordjahr werden

Der Goldpreis erlebte in den letzten Wochen eine kurze Bereinigung. Diese war auch und gerade den Fristen für gegenseitige Zölle geschuldet. Die Chancen jedenfalls stehen gut, dass Gold und Silber zum Nutznießer der problematischen Situation auf dem Rohstoffmarkt durch die internationalen Zollkonflikte werden. Als Rettungsanker ist gerade Gold bekanntlich bei Anlegern beliebt, um schwierige Phasen zu überbrücken. So auch in der momentanen, kritischen Situation. 2.800 € je Feinunze bleiben durch den Aufschwung nach wie vor ein möglicher Zielwert.



Für Gold sind Kurse über 2.800 € in greifbarer Nähe. (Quelle: finanzen.net)

Umgerechnet bleibt ein Goldpreis über 3.000 US-Dollar für die kommenden Wochen realistisch. Zwar hat der Kurs seit Mitte März nachgegeben. Im Ganzen wirft die Erwartung der Zollanhebungen in den USA Ende März einen großen Schatten auf den Markt. Zur Belastung droht die erwartete andauernde Anfälligkeit des Dollars zu werden. Der Druck auf die FED, endlich Anpassungen der Zinsen vorzunehmen, könnte wiederum die Nachfrage nach Gold sinken lassen. Gleiches gilt für allgemeine geopolitische Risiken, die dem Edelmetall als begehrte Anlageklasse einen Dämpfer verleihen könnten.

GUT VERNETZT DURCH DIE KRISE

Gute Kontakte und Netzwerke sind dieser Tage mindestens ebenso wichtig wie während der Pandemie. Und einmal mehr sind Lieferketten eine der wichtigsten Währungen für den Einkauf. In vielen Branchen werden vormals gut funktionierende Partnerschaften mit US-Unternehmen auf unbestimmte Zeit zum Unsicherheitsfaktor. Ein Grund mehr, stärker als bisher neue Bande in Europa zu knüpfen. Auf die Politik ist wegen mühsamer bürokratischer Prozesse nur bedingt Verlass. Eigeninitiative wird umso wichtiger.

Aufschwung bei Öl zum Ende des 1. Quartals

Am Ölmarkt deuteten sich zum Redaktionsschluss nach Korrekturen leichte Gewinne an. Der Preis der Nordseesorte Brent mit dem Liefertermin Mai stieg auf rund 74 US-Dollar pro Barrel und konnte so einen Teil vorheriger Verluste wettmachen. Geschuldet war die Entwicklung unter anderem vorherigen Branchenberichten über einen starken Rückgang der US-Rohölvorräte. Genaue Daten des US-Energieministeriums lagen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. Marktteilnehmer behalten seit Wochen sehr genau die Gespräche zwischen Russland und den USA im Blick. Deeskalationsversuche führten jedoch nicht zum erhofften Erfolg. Der Kreml drängte auf ein Ende der Sanktionen. Erst im Anschluss seien „echte“ Verhandlungen über ein Kriegsende möglich. Doch selbst eine Aufhebung der Strafmaßnahmen würde nach Einschätzungen von Experten nicht umgehend zu einer Zunahme der Ölströme auf dem Markt führen. Denn Russland habe seine Lieferungen in den letzten Jahren mit Erfolg umleiten können, um schlimmere Folgen für die heimische Produktion zu verhindern.

TROTZ PROBLEMEN SOLLTEN BEZIEHUNGEN IN DIE USA GESTÄRKT WERDEN

Wegen regelmäßiger Hiobsbotschaften aus den USA ist wirtschaftliches Umdenken auf Unternehmensseite verständlich. Oft wird dabei vergessen, dass viele US-Firmen ihrerseits unter den Entscheidungen der Regierung Trump leiden. Dies zeigt die zunehmende Kritik von Wirtschaftsverbänden. Boykotte sind das falsche Signal. Rohstoff-Experten raten vielmehr, Verbindungen in die USA nicht abreißen zu lassen. Parallel dazu können ergänzende Liefervereinbarungen mit Partnern aus anderen Regionen für mehr Spielraum in der Zukunft sorgen.

Die Industrie muss auf weitere Durststrecke vorbereitet sein

Zu den drängenden Fragen der Industrie gehörte zum 2. Quartal jene nach dem Zeitpunkt der endgültigen Erholung. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagte in seiner Märzprognose für 2025 eine minimale Verbesserung gegenüber dem Vorjahr vorher. Das weltweite Wirtschaftswachstum würde um 3,3 % steigen. 2024 war das globale reale Bruttoinlandsprodukt um 3,2 % gestiegen. Aus deutscher Sicht sind die aktuellen Zahlen ernüchternd. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bewertete Deutschland zum wiederholten Mal als Hemmschuh für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Freilich verwies die OECD wie viele andere Institute ebenfalls auf die Zölle der US-Regierung als Hindernis auf dem Weg zum Wachstum. Einen Handelskrieg gelte es, unbedingt zu verhindern.

Die „Rote Laterne“ der OECD ist nur knapp an Deutschland vorübergegangen

Die OECD findet deutliche Worte. Neben den US-Zöllen bremse vor allem Deutschlands anhaltende wirtschaftliche Schwäche das Wachstum der Weltwirtschaft. Um nur 0,4 % werde das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 zulegen. Damit fand sich Deutschland im OECD-Ranking auf dem vorletzten Platz ein. Allein der Ausblick für Mexikos Wirtschaft fiel noch schlechter aus. Dort drohe durch einen Fortbestand der Einfuhrzölle sogar eine spürbare Rezession. Im Fall der deutschen Wirtschaft handelte es sich um die 2. Abwärtskorrektur der Erwartung. Im Dezember 2024 hatten die Ökonomen die Prognose auf 0,7 % gesenkt. Mit diesem Wert belegte Deutschland im Vorjahr den letzten Platz in der Tabelle der analysierten Industriestaaten.

Künftige Regierung will Mittelstand und Industrie deutlich entlasten

Für eine Verbesserung der Situation muss die Politik an vielen Stellschrauben drehen. Zum Redaktionsschluss befanden sich Vertreter der Unionsparteien und der SPD noch mitten in den Verhandlungen über die wahrscheinliche neue Große Koalition. Neben allgemeinen Wirtschaftsthemen ging es in den Gesprächen auch um das bekannte Streitthema Bürgergeld. CDU und CSU wollten sich vom „Sorgenkind“ verabschieden, die SPD pocht auf einen Fortbestand des Systems. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen zudem das Staatsangehörigkeitsrecht, bessere Regelungen für Überstunden und Reformen des Steuerrechts zur Entlastung der „breiten Mittelschicht“. Apropos Entlastungen: Eine Senkung der Stromsteuer auf den in der EU erlaubten Mindestwert pro Kilowattstunde soll zu einem um wenigstens 5 Cent geringeren Preis führen. Zudem wird eine Halbierung der Übertragungsnetzentgelte angestrebt. Profitieren davon sollen sowohl private Haushalte als auch Unternehmen.

Rohstoffmarkt wird von Unwägbarkeiten bestimmt werden

Über politische Veränderungen hinaus bleibt im Jahresverlauf die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Rohstoffpreise bestehen. Nicht nur die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) hat-

te eine solche in ihrem hauseigenen Rohstoffpreisindex für die ersten Wochen 2025 festgestellt. Die negativen Effekte der US-Zölle blieben in zahlreichen Analysen jedoch unberücksichtigt. Inzwischen haben viele Rohstoffe, der unzuverlässigen US-Politik folgend, vereinzelt sehr starke Kurssprünge absolviert. Zum Leidwesen des Einkaufs hat sich in den letzten Monaten gezeigt, dass so mancher Rohstoff vorrangig Spekulanten anzieht. Immerhin dürften die Ausgaben für Energie saisonbedingt zunächst zu einem kleineren Problem der Industrie werden.

Elementare Rohstoffe für die Energiewende sind besonders kostenintensiv

Ein Krisenfaktor für Einkäufer dürften Gas und Öl sowie Werte wie Gold, Seltene Erden und Lithium dennoch bleiben. Gerade Lithium steht als Schlüsselrohstoff für die Energiewende im Zentrum von Kursspekulationen. Gleiches gilt für Gold, das in der Krise weiterhin seinen Status als sicherer Hafen für Anleger behaupten wird. Solche Absicherungsmechanismen sind für die Industrie seit Jahren problematisch. Wenngleich die USA unter Präsident Donald Trump Abstand von früheren Zielen zum Ausbau der Elektromobilität nehmen: Global stehen erneuerbare Energien wie gehabt ganz oben auf der Liste der Ziele der Politik. Daraus ergeben sich zwangsläufig Preisrisiken für weitere Rohstoffe wie Kupfer, Zink und Nickel.

Politische Unterstützung ist die Grundvoraussetzung für die Wirtschaft

Aus Sicht der deutschen Wirtschaft wird es in erster Linie um einen zuverlässigen politischen Partner gehen. Selbst, wenn die neue Regierung wegen zeitaufwendiger Verhandlungen zwischen Union und SPD erst nach Ostern die Amtsgeschäfte übernehmen sollte: Je früher sich die beteiligten Parteien auf einen gemeinsamen Kurs verständigen, desto eher können Unternehmen zukunftsfähige Entscheidungen treffen. Dies betrifft auch Pläne zur Streichung von Arbeitsplätzen, langfristige Investitionen sowie Gedankenspiele über eine eventuelle Abwanderung vom Standort Deutschland. All dies sollte für die kommende Regierung oberste Priorität haben, ohne der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands noch größere Schäden zuzufügen.